



Freiheit herrscht dort, wo man Anstoss erregen darf

*Wir sind so frei wie noch nie. Doch der gesellschaftliche Druck auf Meinungen,
die vom Mainstream abweichen, nimmt zu. Von Thomas Ribi*



Die Situation ist bedenklich, jedenfalls wenn man den Statistiken glaubt. Mehr als die Hälfte der Deutschen sind der Ansicht, man dürfe in der Öffentlichkeit nicht mehr sagen, was man denke. Diskussionen über heikle Themen solle man besser ausweichen, finden sie. Was man sagen dürfe und was nicht, werde mehr und mehr von einer militanten Minderheit bestimmt, die eine unzufriedene, aber willfähige Mehrheit vor sich hertreibe, ganz besonders, wenn es um Genderfragen gehe, um Muslime oder um politisch korrekte Sprache.

In einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach verneinten 55 Prozent der Befragten die Aussage, man könne seine politische Meinung frei heraus sagen. Es sei besser, vorsichtig zu sein. Die Antworten unterscheiden sich, je nachdem, welcher Partei die Befragten nahestehen. Am meisten eingeengt fühlen sich, wenig überraschend, Anhänger der AfD, aber auch Wählerinnen und Wähler von der FDP und der Linkspartei beurteilen das Klima als schlecht. Wer Grün wählt, hat am wenigsten Probleme.

Die Umfrage fand vor mehr als einem Jahr statt, als Medien und soziale Netzwerke von Debatten über Lockdown, Impfpflicht und Freiheitsrechte beherrscht waren. Von Debatten, in denen sich Corona-Leugner, Impfgegner, Wutbürger und die, die sich als Stimme der Vernunft verstanden, nichts geschenkt haben. Die Stimmung war gereizt, private Gespräche, Kundgebungen und Posts in sozialen Netzwerken waren von unversöhnlichem Hass grundiert.

In der Verfassung verankert

Davon, dass man nicht sagen dürfe, was man denke, war da wenig zu spüren. Die Leute sagten, was ihnen in den Sinn kam, und viele sagten es in einer bewusst provokativen Sprache. Die Hemmschwellen zur Verunglimpfung von Menschen, die anderer Meinung sind als man selbst, lagen so tief wie noch nie. Nazis, Faschisten, Taliban waren geläufige Schimpfwörter, das Covid-Zertifikat wurde mit dem Judenstern verglichen, die Corona-Massnahmen wurden in die Nähe der Ghettoisierung der

**Demokratie verlangt
Stehvermögen. Und braucht
Debatten, die nicht vorzeitig
blockiert werden.**

Juden im «Dritten Reich» gerückt, Deutschland und die Schweiz als totalitäre Staaten kritisiert.

Rechtliche Konsequenzen hatte das kaum je. Das heisst allerdings nicht, dass man alles sagen kann, was man denkt. Natürlich gibt es kein Gesetz, das die freie Meinungsäusserung verbietet. Im Gegenteil. Eigentlich sind wir so frei wie noch nie. In Deutschland wie in der Schweiz, den USA und den westlichen Ländern ist das Recht, seine Meinung frei zu sagen, in der Verfassung verankert. Als Grundrecht, das nur ganz wenige, sorgfältig begründete Einschränkungen kennt.

Nur ist das nicht alles. Der gesellschaftliche Druck auf Meinungen, die vom Mainstream abweichen, hat unverkennbar zugenommen. Und das spiegelt die Allensbach-Studie absolut zutreffend. Gerade dort, wo Öffentlichkeit zu einem schönen Teil stattfindet, in den Medien, der Kulturszene, in intellektuellen Kreisen, an Hochschulen, ist die Strasse schmal geworden. Meinungsfreiheit? Selbstverständlich, aber nur, solange sie der Mehrheit passt. Wer bei Reizthemen wie Russland, Feminismus, Migrationspolitik oder Klimawandel die Welt nicht so sehen will, wie das linksliberale gute Gewissen es vorschreibt, muss sich auf etwas gefasst machen.

Nicht weil er auf Kritik und offene Opposition stossen würde, sondern weil man das Gespräch verweigert und keine Möglichkeit zur Debatte bietet. Wer sich dem Mainstream entgegenstellt, wird ausgeblendet. Die ostdeutsche Autorin Monika Maron etwa, die das politische Geschehen in Deutschland kritisch beurteilt und kommentiert. Der S.-Fischer-Verlag kündigte ihr den Vertrag, Zeitungen wie die «FAZ» und die «Süddeutsche Zeitung» druckten ihre Texte nicht mehr ab, sagt sie. Dass Vertreter von Meinungen, die nicht mehrheitsfähig sind, von Tagungen und Podien ausgeschlossen werden, ist schon fast alltäglich geworden.

Die Antworten der Allensbach-Studie beschreiben die Verhältnisse durchaus treffend; dass Wählerinnen und Wähler der Grünen sich am wohlsten fühlen, ist der perfekte Ausdruck des herrschenden Klimas. Und er gilt nicht nur für Deutschland. Laut einer 2019 publizierten Untersuchung der Universität Zürich sind mehr als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht, es sei «nicht sicher», zu sagen, was man über Politik denke.

Die Aussage bezieht sich auf Äusserungen im Internet. Einem Raum also, der sich anbietet, um abseits der institutionellen Politik gesellschaftliche und politische Debatten zu führen. Was es heisst, es sei «nicht sicher», seine Meinung zu sagen, wird nicht näher ausgeführt. Aber es ist klar. Es geht um die informellen Sprechverbote und Verunglimpfungen, die den öffentlichen Diskurs so stark ein-



schränken, dass ein Austausch von Ideen, Argumenten und Meinungen kaum mehr möglich ist, jedenfalls wenn es um heikle Themen geht.

Kein Anspruch auf Applaus

Freilich, man muss unterscheiden. Nicht jede Einschränkung der Redefreiheit, die beklagt wird, ist auch real. Die Aussage, es sei «nicht sicher», im Internet seine Meinung zu äussern, kann auch nur eine hilflose Umschreibung dafür sein, dass man mit Widerstand rechnen muss, wenn man in der digitalen Öffentlichkeit seine Meinung äussert. Das ist natürlich richtig. Allerdings ist das kein Betriebsfehler des Mediums, der beseitigt werden müsste. Es gehört dazu. Es gibt ein Recht, seine Meinung zu äussern, ja. Aber niemand hat einen Anspruch darauf, für seine Ansichten Applaus zu bekommen.

Diskussionen leben vom Widerspruch, und wenn soziale Netzwerke den Anspruch erheben, die «digitalen Marktplätze der Demokratie» zu sein, dann müssen sie die Debatten in ihrer ganzen Breite spiegeln. Aber dazu gehören auch die Meinungen von den Rändern des Spektrums. Selbst dann, wenn sie bizarr, dumm, falsch oder lächerlich sind. Fake News und Verschwörungstheorien, Desinformationskampagnen muss man nicht verbieten, sondern widerlegen. Wahrheit kann man nicht verordnen. Sie muss sich durchsetzen, im Streit der Argumente.

Dieser Streit darf durchaus polemisch sein. Zuspitzung erlaubt es, einen Gedanken zu verdeutlichen, weil sie dazu zwingt, ihn auf den Kern zu reduzieren. Das macht nicht nur seine Stärken, sondern auch seine Schwachstellen deutlich, und zwingt mich selbst dazu, meine Position zu überdenken. Natürlich ist es ärgerlich, wenn etwas zerzaust wird, was ich für unumstösslich halte. Aber die Einwände, die mein Blut am meisten in Wallung bringen, sind ja immer die, denen ich irgendwie recht geben muss.

Eine Meinung äussern heisst Verantwortung übernehmen. Ich muss geradestehen für das, was ich sage, auch wenn Gegenwind aufkommt. Das Recht auf Redefreiheit gehört nicht mir allein. Es gehört allen und schliesst das Recht aller ein, meine Meinung zu kritisieren, wenn sie sie für falsch halten.

Öffentlichkeit ist keine Kirche, die dem, was ich sage, einen gepflegten Nachhall geben soll. Sie ist eine Bar, in der alles zur Sprache gebracht werden kann, was zur Sache vorzubringen ist. Auch wenn es mir nicht passt. Auch dann, wenn ich persönlich angegriffen werde. Wer sich öffentlich äussert, setzt nicht nur seine Meinung der Kritik aus, sondern bis

zu einem gewissen Punkt auch sich als Person. Ich darf niemanden diskriminieren. Aber ich habe kein Recht, nicht beleidigt zu werden.

Demokratie verlangt Stehvermögen. Und braucht Debatten, die nicht vorzeitig blockiert werden. Weder durch die Gesprächsverweigerung der politisch Korrekten noch durch Regulierungen, die alles unterbinden, was Anstoss erregen könnte. Als Elon Musk vor zwei Wochen die Absicht äusserte, sich für «free speech» auf Twitter starkzumachen, brandete ihm eine Woge der Empörung und Skepsis entgegen. Auch in Deutschland und der Schweiz. Meinung ja, hiess das, aber bitte nicht zu viel. Und vor allem die richtige. Schliesslich hatte Musk angekündigt, den gesperrten Account von Donald Trump wieder zu aktivieren. Und das darf selbstverständlich nicht sein.

Die Reaktion zeigt aber auch, dass die Einschränkungen verschieden wahrgenommen werden, je nachdem, woher sie kommen: Dass die Betreiber der Online-Plattformen Inhalte nach letztlich nie ganz transparenten Regeln moderieren, findet die Mehrheit der User anscheinend in Ordnung (zumal dann, wenn es die richtigen Inhalte trifft). Was stört, sind die User, die durch ihren Widerspruch, ihre Polemik und, ja, manchmal auch durch ihre Hetze den Frieden stören.

Die Hölle sind also die anderen, und die EU hat diesen Ruf gehört. Mit der Digital Services Act, die zurzeit ausgehandelt wird, sollen die Tech-Konzerne mehr Verantwortung für die Inhalte übernehmen, die auf ihren Plattformen veröffentlicht werden. Die Einzelheiten sind noch nicht bekannt, aber dass die «digitale Verfassung Europas» zu mehr Regulierung führen wird, ist klar. Die Zeit des Wilden Westens im Internet sei vorbei, ist aus dem Kreis der Unterhändler zu hören. Und Margrethe Vestager, die für das Geschäft zuständige EU-Kommissarin, verkündete vollmundig, die Demokratie im Internet sei zurück.

Dahinter steckt ein Missverständnis. Demokratie bedeutet nicht, dass es so gesittet zugeht wie beim Nachmittagstee eines englischen Bridge-Klubs. Demokratie ist manchmal auch Wilder Westen. Sie verlangt nicht nach Safe Spaces, in denen alles, was ich sage, mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wird. Sie braucht Trainingsplätze, auf denen es auch einmal laut zugehen darf.